

Presbner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Weidlich, Dresden
Verlagsnummer: 25 242
Für den Verleger: Hr. 2011
Schiffbaustr. 1, Postfach 10/11
Dresden - N. 1, Reichstraße 25/28

Verlagsort: Weidlich, Dresden
Verlagsnummer: 25 242
Für den Verleger: Hr. 2011
Schiffbaustr. 1, Postfach 10/11
Dresden - N. 1, Reichstraße 25/28

Verlagsort: Weidlich, Dresden
Verlagsnummer: 25 242
Für den Verleger: Hr. 2011
Schiffbaustr. 1, Postfach 10/11
Dresden - N. 1, Reichstraße 25/28

Gandhi ruft Amerika an

Indien nach der Verhaftung des Führers

London, 4. Januar. Die Kongressführer in Bombay haben anlässlich der Verhaftung Gandhis einen Trauerseierstag erklärt, der in ganz Indien bis nach Burma von den Nationalisten, mit Ausnahme der Mohammedaner, streng befolgt wird. Die Veden und eine große Zahl von Spinnereien sind geschlossen. Es haben auch schon einige Protestdemonstrationen stattgefunden. Bisher ist es aber noch zu keiner Störung der öffentlichen Ordnung gekommen.

Gandhi und der Präsident des Kongresses, Vallabhai Patel, sind im Gefängnis in Puna eingetroffen.

Bei den Behörden der Stadt herrscht atemische Nervosität, da der Kraftwagen mit Gandhi nicht pünktlich eintraf. Polizeifolger führten auf die Landstraße hinaus und haben dann nach längerem Warten kurz nach der Morgenandäuerung das Automobil mit Gandhi herantommen, das sie bis zum Gefängnis begleiteten. Es hatte vier Stunden Verpöfung. Gandhi selbst ist guten Mutes. Da Montag kein Schweigetage ist, konnte er dem Gefängniswärter, als er ihn wiedererkannte, nur mit einem freundlichen Nicken begrüßen. Er befindet sich in demselben Räume, in dem er schon früher gefangen gehalten war. Er hat kein Spinnrad, ein paar Bücher und ein paar Kochtöpfe mitgebracht.

In einer Hofhaft an das englische Volk sagt er, daß er es liebt wie seine eigenen Volksgenossen.

Er habe nichts Gefäßliches oder Böses gegen das englische Volk getan. Hoffentlich werde es auch in Zukunft nicht notwendig sein. Er habe dem englischen Volke gegenüber so gehandelt, wie er es auch seinen eigenen Volksgenossen gegenüber getan hätte. In einer weiteren Hofhaft wendet sich Gandhi an den Großmann des amerikanischen Volkes und bittet, im Interesse der Menschlichkeit in Indien einzugreifen.

Der Ausschuss des allindischen Kongresses ist im Hinblick an die Verhaftung Gandhis für ungeschickt erklärt worden.

Dieser von Gandhi eingeleitete Ausschuss umfaßte die Führer der indischen revolutionären Bewegung. Voraussetzungen sind die Regierung alles Eigentum des Kongresses einschließlich der Gebäude beschlagnahmen und den Kongressmitgliedern alle Waffen und Polizeiverbindungen entziehen. Die englischen Polizeikräfte in allen indischen Städten sind im Befehl von Gefängnissen, die sie zur Verhaftung eines jeden Kongressmitgliedes ermächtigen.

In Bombay fand am Montag eine große Prozession von Kongresshändlern statt, die mit einer Massenversammlung endigte, in der der schärfste Boykott der englischen Waren gefordert wurde. Der Provinzialkongress von Bombay hat sich aufgelöst und einen Kriegsrat gebildet, der die Anwerbung von Kongressfreiwilligen durchführt. Die Regierung von Bihar hat den dortigen Provinzialkongress als ungesetzlich erklärt und die 16 Mitglieder verhaftet. Jamarath Nehru, der frühere Präsident des allindischen Kongresses und letzte Führer der extremen Kongressmitglieder, ist zu 2 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt worden.

Notverordnungen des Vizekönigs

Delhi, 4. Jan. Der Vizekönig hat vier Verordnungen erlassen, um die indische Ungehorsamkeitsbewegung zu bekämpfen. Die erste gibt der Regierung und ihren Vertretern außerordentliche Vollmachten für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung, die zweite richtet sich gegen Anführer ungesetzlicher Demonstrationen, die dritte gegen gefährliche Vereinigungen, die vierte bezieht sich auf den Schutz von Leben und Eigentum.

Die indische Regierung hat gleichzeitig mit den vier neuen Notverordnungen eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt, Gandhi habe den Weg der Besserung demjenigen der aufbauenden Tätigkeit vorgezogen. Große Massen des indischen Volkes seien nicht mit Gandhis Politik einverstanden.

Eine amtliche englische Erklärung

London, 4. Januar. In einer amtlichen Erklärung wird mitgeteilt, daß die englische Regierung, obgleich sie die schärfsten Maßnahmen gegen jedes ungesetzliche Vorgehen in Indien ergreifen müsse, keineswegs von den Richtlinien der der englisch-indischen Konferenz abweichenden Regierungsentscheidungen abzuweichen gedanke. Die drei bereits ernannten Ausschüsse würden, wie vorerwähnt, am 15. Januar nach Indien abreisen. In Indien solle ein beratender Ausschuss gebildet werden, dem auch Gandhi angehören solle. Die englische Regierung beabsichtige nach wie vor, eine möglichst weitgehende Vereinbarung über die indischen Verfassungsfragen zu erzielen und reche auf die Mitarbeit eines jeden einzelnen indischen Politikers.

Die schwarze Fahne

Die erste Tat der Linksparteien nach Ablauf der Burgfriedenzeit ist merkwürdigerweise ein Vorstoß, der wenigstens der Versuch zu einem Vorstoß auf das Land. Hat man gemerkt, daß hier, in der Bauernschaft, eine unheimliche Gefahr für das herrschende Regierungssystem heranwächst, hinter dessen Rücken der Marxismus schädende Zustände sucht? Und glaubt man wirklich, mit dem abgeordneten sozialistischen Agrarprogramm die Bauern noch einzulassen zu können? Jedenfalls hat der Parteivorstand der SPD, die Notwendigkeit zu einem Propagandaaufmarsch auf das Land verstanden, aber es ist ihm abfolut nichts Neues dafür eingefallen. „Deutsche Bauern“, so beginnt der Aufruf der Agrarpolitischen Zentrale, „warum sind die Preise für eure Erzeugnisse ständig gesunken? Was hat der Landwirtsminister Schiele getan, um euch zu helfen?“ Eine unverstämte Fragestellung, wenn man bedenkt, daß es gerade die Sozialdemokratie war, die ihn ständig gehindert hat, durchgreifende Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Dann folgt ein Appell an das Landvolk zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei, die seit ihres Lebens alles getan und nichts verkannt hat, um den deutschen Bauern die Arbeit und das Leben sauer zu machen. Zum Schluß wird dann — wie könnte es anders sein — die alte Waage von den „ostelbischen Jungfern“ heruntergeleitet, denen Schiele's Politik Mißfälligkeiten gemacht haben soll, die angeblich von der Masse der Bauern bezahlt werden müssen. Das erzählt man den Bauern, denen gerade die Lehre des vergangenen Jahres gelehrt hat, daß die Krise unerschütterlich groß, Mittel- und Kleinrenten in ihren Strudel zieht und daß nur eine gemeinsame Abwehr der grünen Front helfen kann, in deren Reihen sich übrigens auch die Zentrumsbauern und die radikalen bayerischen Bauernverbände befinden. Es ist nicht zu glauben, daß sich die sozialdemokratischen Führer der Döpfung hingeben, mit diesen törichtsten Agitationsphrasen auch nur einen einzigen Bauernwähler werden zu können. Darum ist ihr Vorstoß von vornherein gekennzeichnet als ein plummes Manöver, um Reich und Mistrauen im Landvolk zu säen und seine Zusammenfassungsbewegung wenn möglich zu sprengen.

Etwas geschickter sah schon die demokratische Presse die Aufgabe an, wenn sie gleichzeitig ihrerseits den Versuch macht, die Erregung der Bauern zu dämpfen und sie mit dem System zu versöhnen. Obwohl natürlich auch dieses Unternehmen aussichtslos ist, und obgleich auch hier die Tendenz vorherrscht, den Grotharundneß gegen die ährige Landwirtschaft auszuspielen. „Wollen sie überhaupt“, fragt die „Frankf. Ztg.“ mit Bezug auf die Landwirte, „was dieser Staat, gegen den sie sich auflehnen, wenn auch überwiegend einseitig zugunsten der Grothandwirtschaft, bereits geleistet, welche Opfer das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sich aufgebürdet hat, um seine Landwirtschaft durch die Krise durchzuschleppen? ... Angesichts der weitverbreiteten Unkenntnis darüber — die Liebesgaben an die Landwirtschaft lassen sich auf jährlich drei Milliarden Mark schätzen, d. i. ein Drittel des gesamten landwirtschaftlichen Produktionswertes — und im Hinblick auf die mit allen Mitteln terrier Beweiskführung und gefährlicher Verheerung arbeitende Propaganda, die sich über das deutsche Landvoll ergreift, wäre es eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung, für Aufklärung zu sorgen und durch einen systematischen Werbefeldzug der Wahrheit, Gerechtigkeit und Vernunft zum Siege zu verhelfen.“ Den Bauern wird also Undankbarkeit vorgeworfen. Statt zu schimpfen und zu drohen, sollten sie sich bei den Parteien, die Erklärung stützen, bedanken dafür, daß sie in der dritten Notverordnung mit ihren Produkten von der Preissenkung ausgenommen worden sind, und daß man ihnen einen gewissen Schutz gegen die Verschleuderung ihres Besitzes in Zwangsversteigerungen gewährt hat. Wir fürchten, daß die Bauern für diese Art von Tröstung wenig Verständnis aufbringen werden. Denn die Preisstürze kauft trotz der notverordneten neuen Preisregelung immer noch so stark zu ihren Ungunsten, daß die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebsführung keineswegs gewährleistet ist, und was den Schutz vor unwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen betrifft, so gibt dieselbe „Frankf. Ztg.“ in einem sehr eindrucksvollen Stimmungsbild der pommerischen Verhältnisse an, daß dieser Teil der Notverordnung nur ein Versuch war, die Rebellion der Bauern abzustiegen. Die Reichsregierung habe aus den Verichten ersehen, daß nur sofortige Stundung der landwirtschaftlichen Schuldsverpflichtungen die Zahlungsverweigerung und den offenen Aufstand verhindern konnten. Darum habe die Notverordnung die legale Finken- und Steuerkonvertierung an die Stelle der illegalen Steuerrebellion gesetzt. „Aber die Weisshaltung der Rebellion kann keine Notverordnung ändern. Illegal oder legal — das platte Land steht gegen Berlin. Die Behörden haben eine Schlacht vermieden, aber nicht das feindliche Lager entworfen.“

Das ist eine treffende Kennzeichnung der wirklichen Lage. Und mit dieser, nicht mit den Gefühlen, die das Landvolk nach Meinung der Linksparteien befehlen sollten, gilt es, sich auseinanderzusetzen. Es ist auch nicht so, daß der pommerische Winkel allein aufgeführt wäre; in allen

Drei Konferenzen zu gleicher Zeit

Regiekünfte französischer Politik

Paris, 4. Jan. In der Reichskanzlei fanden heute Erörterungen über die reparationspolitische Lage statt. Da der genaue Termin für den Beginn der Pariser Konferenz immer noch nicht feststeht, hat das Kabinett von dem ursprünglichen Plan, bereits am Dienstag eine offizielle Rabinetsitzung stattfinden zu lassen, wieder Abstand genommen. Unter den augenblicklichen Umständen ist es zweifelhaft, ob in dieser Woche überhaupt eine Rabinetsitzung stattfinden wird, zumal der Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dietrich erst am 8. Januar von seinem Weihnachtsurlaub zurückkehrt. Bis dahin werden aber die Vorbesprechungen weitergeführt werden, so daß das Kabinett bei seinem Zusammentritt nur noch formelle Entscheidungen zu treffen hat.

Ueber den Termin für Pariser liegen neuerliche Meldungen vor, nach denen die Konferenz erst am 25. Januar beginnen soll.

Das würde bedeuten, daß der Anfang der Reparationskonferenz an den Termin der Abrüstungskonferenz, die bekanntlich am 2. Februar beginnt, immer näher herandrückt. Auf das französische Bestreben, die beiden großen Konferenzen möglichst kurz hintereinander beginnen zu lassen, um so eine gewisse Verzerrung in den Kreisen der beteiligten Regierungen hervorzurufen, ist ja schon genügend hingewiesen worden. Ganz offenbar liegt den Franzosen außerdem viel daran, den Anfang der Reparationskonferenz so festzulegen, daß er auch mit der am 25. Januar beginnenden Tagung des Völkerverbundes zusammenfällt. Der Völkerverbund wird sich diesmal wiederum mit dem schweren Konflikt in der Mandatfrage zu befassen haben, ein Problem, für das der Völkerverbund bisher keinerlei Lösung finden konnte. Es ist klar, daß,

wenn so schwerwiegende Themen nahezu zur gleichen Zeit behandelt werden müssen, eine gewisse Verzerrung des Rastes der an den Konferenzen beteiligten Regierungen unumgänglich eintreten muß.

Darauf baut Frankreich, und sein Bemühen erklärt eine gewisse Unterstützung nach dadurch, daß England, das bis zu einem gewissen Grad die Berechtigung der deutschen Forderungen nach völliger Aufhebung der Reparationsleistungen anerkannt hat, jetzt durch die Vorkänge in Indien sehr hart in Anspruch genommen wird. Gegenüber diesen Forderungen Frankreichs wird die Reichsregierung um so härter darauf drängen müssen, daß die Reparationskonferenz zu einem möglichst frühen Termin ihren Anfang nimmt und daß, soweit das nur irgend möglich ist, an dem

ursprünglich in Aussicht genommenen Datum des 18. Januar festgehalten wird.

Dringender Appell Hoovers an den Kongress

Washington, 4. Januar. Präsident Hoover hat dem Kongress eine Sonderbotschaft übermitteln, in der er die schleunigste Erledigung der Wirtschaftsvorlagen fordert. Hoover hebt hervor, daß die allgemeine Wirtschaftslage zur Zeit schlimmer sei als noch vor wenigen Wochen, wo er die Gründung der Wiederaufbaukommission empfahl. Er ist der Ansicht, daß Amerika sich unabhängig von der übrigen Welt wirtschaftlich wieder erholen könne.

„England und Frankreich sind überbezahlt“

Washington, 4. Jan. Das Mitglied des Repräsentantenhauses Briley, früherer Vorkämpfer des Marineanschlusses, erklärte einem Vorkämpfer in einer Unterredung, daß allein die von Deutschland abgetretenen Gebiete und Kolonien höhere Werte darstellen, als die Zahlungen des Youngplans.

Briley forderte England und Frankreich zur Tributnahme und zur Revision des Berliner Vertrags an.

Frankreich und England seien längst überbezahlt. Eine öffentliche Weigerung Englands und Frankreichs, die nach dem Kriegsschluß angenommenen Anleihen zurückzugeben, würde ein Eingeständnis des Bankrotts bedeuten. England sei wohlhabender als die Vereinigten Staaten, Frankreich sei gegenwärtig das reichste Land der Welt.

Bergwerksglück in Beuthen

14 Bergleute eingeschlossen

Beuthen, 5. Jan. Aus der Karthens-Zentrals-Grube erfolgte am Montag um 15 Uhr ein heftiger Gedirgssturz, der eine Bergleutungsdrate und zwei benachbarte Abbauebenen in Mitleidenschaft zog und einen großen Bruch verursachte, durch den 14 Bergleute eingeschlossen wurden. Die sofort unter Mitwirkung der Bergbehörde einsetzenden Rettungsarbeiten konnten nach kurzer Zeit einen Überlebenden unverletzt ans Tageslicht bringen. Gegen 20.30 Uhr erfolgte ein weiterer Gebirgssturz, der die Rettungsarbeiten gefährdete. Von dem Schicksal der abgetrennten 14 Bergleute ist zur Zeit nichts bekannt. Die Rettungsarbeiten werden mit allen Kräften fortgesetzt.